

«Es braucht ein nationales Sparpaket»

Wie Ostschweizer Parlamentarier die Coronasession erlebten. Der St. Galler SVP-Nationalrat Mike Egger will nun auf die Bremse treten.

Christoph Zweili und
Regula Weik

Die nationale Coronasession ist vorbei. Nun werden teils schwerwiegende Vorwürfe laut. Von Zeitdruck, fehlenden Unterlagen, ständig wechselnden Traktandenlisten ist die Rede. Von «unhaltbaren Zuständen», «unseriösen Arbeitsbedingungen» und Distanzen von Parlamentarier zu Parlamentarier von «eher 20 Zentimetern als zwei Meter» – und von einer feuchtfröhlichen Abschiedsparty. Wie beurteilen Ostschweizer Parlamentarier die spezielle Kurzsession?

Für die meisten hat sich der Millionenaufwand in den Hallen der Bernexpo gelohnt. «Unsere Demokratie basiert auf der Macht des Volkes und seiner gewählten Vertreter, nicht einer langfristigen Notrecht-Alleinherrschaft der Exekutive», sagt etwa der **Ausserrhoder FDP-Ständerat Andrea Caroni**. «National- und Ständerat sind die wichtigsten demokratisch gewählten Institutionen. Das Parlament als Vertretung des Volkes darf nicht dem Bundesrat allein die Federführung überlassen», pflichtet ihm der **Ausserrhoder Nationalrat David Zuberbühler (SVP)** bei. Der **St. Galler Ständerat Benedikt Würth (CVP)** ist überzeugt: Auch wenn es der Bundesrat anders darlege: Ohne den Druck verschiedener Kantonsregierungen und der parlamentarischen Kommissionen hätte er am 29. April nicht weitergehende Öffnungen beschlossen. «Die bundesrätlichen Entscheide zum Exit von Mitte April waren zu zögerlich und teilweise auch widersprüchlich. Eine Woche Lockdown kostet volkswirtschaftlich mindestens fünf Milliarden Franken. Der Aufwand der Session muss in diesen Kontext gestellt werden.» Für den



Der St. Galler FDP-Nationalrat Marcel Dobler mit der Zürcher Kollegin Doris Fiala während der Coronasession.

Bild: Peter Klauzner, KEY

Thurgauer SVP-Ständerat Jakob Stark ist klar: «Der Bundesrat braucht die Legitimation durch das Parlament.» Denn, so die **Thurgauer SP-Nationalrätin Edith Graf-Litscher**: «Alle Notrechtsbeschlüsse des Bundesrates sind nur ein halbes Jahr gültig. Mit den Entscheiden des Parlaments ist die Dauer auf maximal fünf Jahre festgesetzt.»

Die **Nationalräte Mike Egger (SVP, St. Gallen)** und **Diana Gutjahr (SVP, Thurgau)** wie auch Ständerat Caroni ärgern sich über die Kosten «für die nur beschränkt tauglichen Räume». Für Gutjahr ist klar: «Da wurde die ausserordentliche Situation ausgenutzt.» Egger kritisiert zu-

dem die Höhe der beschlossenen Ausgaben: «Was an dieser Session abließ, war fast surreal. Wir haben innerhalb von drei Tagen 60 Milliarden Franken freigegeben, so viel wie der Bund normalerweise in einem ganzen Jahr ausgibt.» Es werde Generationen dauern, diese Schulden abzubauen. «Deshalb fordere ich bereits heute ein umfassendes Sparpaket auf Bundesebene», so Egger.

«Die Verfahren waren nicht qualitätsfördernd»

Der **St. Galler FDP-Nationalrat Marcel Dobler** kritisiert die Eilverfahren in der Kurzsession. «Das war sicher nicht qualitäts-

fördernd und muss hinterfragt werden.» Bei den umstrittenen Punkten wie Dividendenbesteuerung, Tourismusförderung oder Geschäftsmieten habe die notwendige Zeit für die Meinungsbildung gefehlt. Dem pflichtet die **St. Galler SVP-Nationalrätin Esther Friedli** bei: «Es ist richtig, dass wegen der Kurzfristigkeit die Grenze zur Seriosität teilweise überschritten wurde.» Aber man sei in einer ausserordentlichen Lage und müsse daher auch damit umgehen. «Ich hoffe, dass das Parlament bald wieder zu einer fundierten Arbeitsweise zurückfindet», so Friedli. An der Grenze zur Seriosität findet der

St. Galler CVP-Nationalrat Nicolo Paganini: «Wenn man die Vorlage in der Differenzvereinbarung fünf Minuten vor der Abstimmung per Mail bekommt; da bleibt keine Zeit für grosse Rückfragen bei Kommissionsmitgliedern und Diskussionen in der Fraktion.»

Auch Caroni sieht die Grenze zur Seriosität geritzt: Das Parlament habe aber nicht nur die Beschlüsse des Bundesrats abgenickt: «Wir konnten neben Empfehlungen an den Bundesrat 39 eigene Motionen einbringen sowie Anträge zu den Notstandsbeschlüssen stellen.»

Ein Sessionstag mehr hätte geholfen, aber ein Antrag auf

Verlängerung sei von bürgerlicher Seite abgelehnt worden, sagt **Claudia Friedli**. Für die **St. Galler SP-Nationalrätin** ist klar: «Die Notstandsbeschlüsse, selbst die grossen Brocken, waren nicht bestritten, weil sie einfach notwendig sind.» Gegen die Meinung des Bundesrats und der SVP hätte für die Kinderbetreuung eine Unterstützung von 65 Millionen erreicht werden können. Das stösst Egger sauer auf: Links-Grün habe hier Steuergeld «mit der ganz grossen Schöpfkelle» verteilt. Sein Fazit: «Mir kam die Session wie ein Monopoly-Spiel vor – jeder Antrag, jedes Feld, kostet enorm viel Geld!»

Der **Thurgauer CVP-Nationalrat Christian Lohr** spricht von «sehr viel Nachbewältigung; es wäre aber falsch zu glauben, es sei nur abgenickt worden». Er habe etwa seine Position zum Grenzzaun zwischen Kreuzlingen und Konstanz klar dargelegt. Die Tagesprogramme mit jeweils mehr als zwölf Stunden seien aber schon «des Guten zu viel gewesen».

Party? Keiner weiss davon, keiner war dabei

Bleibt die ominöse Abschiedsparty der Parlamentarier: Was hat es damit auf sich? «Ich wüsste nicht, was es derzeit zu feiern gibt», sagt der **Innerrhoder CVP-Nationalrat Thomas Rechsteiner**. Er habe von dieser Feier nichts gewusst, «falls es sie denn gegeben hat». Sie habe aus den Medien von der Party erfahren, sagt Gutjahr: «Wenn man x-Stunden ohne Tageslicht in den Hallen der Bernexpo verbracht hat, ist man froh, endlich rauszukommen.»

Das sieht der St. Galler Ratskollege Dobler genauso: «Nachdem ich jeweils 14 Stunden in Sitzungen verbracht hatte, war ich froh, die Halle verlassen zu können.»

Kanton schliesst Coronazentren

Tests Die Konsultationszentren für Coronatests in St. Gallen, Sargans und Rapperswil-Jona werden am 13. Mai geschlossen. Die Neuinfektionen hätten in den letzten Tagen markant abgenommen, teilte der Kanton mit. Die Hausärztinnen und Hausärzte seien in der Lage, die Tests in den kommenden Wochen selber durchzuführen. (sda)

ANZEIGE

Happy Parking
happy-parking.ch

Parkschutzmatten zur Selbstmontage ab CHF 65.00

lü

Verantwortung übernehmen heisst Nein sagen

«Sehr geehrte Damen und Herren der Regierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüsse Sie zur konstituierenden Sitzung für die Amtsdauer 2020 bis 2024. Aus aktuellem Anlass beginnen wir mit dem Gesundheitsdepartement. Ich selber stehe dafür nicht zur Verfügung. Zuerst muss ich dem Volk eine plausible Erklärung bringen, warum St. Gallen am Montag mit Halbklassenunterricht beginnt. Zudem hat Toni Brunner gesagt, dieses Schlamassel sollte die SP aufräumen.»

«Herr Regierungsrat Fässler?»

«Ich muss leider ebenfalls absagen. Die Bürgerlichen haben jahrelang betont, eine Sozialdemokratin könne zwar dem Volk Sand in die Augen streuen, aber sicher nicht das

komplexe Gesundheitsdepartement führen und ein neues Spitalkonzept umsetzen. Wenn eine linke Frau das nicht kann, dann kann ich es als linker Mann aus Solidarität erst recht nicht. Die Frage erübrigt sich.»

«Herr Regierungsrat Mächler?»

«Ich war die vergangenen vier Jahre Bauchef, bin tief im Herzen aber immer Banker geblieben. Nach Golde drängt, am Golde hängt doch alles, hat mal einer geschrieben. Als Finanzchef werde ich den Kanton St. Gallen in ein goldenes Zeitalter führen. Als Gesundheitschef könnte ich das nicht. Diese Chance werden Sie sich ja wohl nicht entgehen lassen.»

«Frau Regierungsrätin Hartmann?»

«Das gibt ja niemand gern zu – aber ich bin befangen. Im Zuge der Spitaldebatte habe ich mich als Stadtpräsidentin stets vehement für das Spital Wil eingesetzt. Wie stünde ich da, wenn plötzlich herauskäme, dass statt Wil Wattwil erhalten bleiben soll? Der Titel des Hofnarren wäre mir gewiss, und in Wil gibt es eine Menge Leute, die sich über die Fasnacht hinaus darüber freuen würden. Ich bin offen für vieles, aber nicht für alles.»

«Herr Regierungsrat Tinner?»

«Als Sohn eines Bergbauern kenne ich die Sorgen und Nöte der Landwirtschaft. Ich kann Rüben von Räten und Radi von Randen unterscheiden, aber was soll ich mit Kernspintomografen und Chefärzten? Überdies habe ich keine Lust, mich

ständig der Kritik meiner eigenen Partei auszusetzen. Das schlägt aufs Gemüt und zu dem müssen wir Werdenberger aus gesundheitlichen Gründen besonders Sorge tragen. Gesundheit ja, Departement nein.»

«Frau Regierungsrätin Bucher?»

«Meine Partei hat mich als die mit Abstand fähigste aller neuen Kandidaten bezeichnet. Was soll ich da einen vergleichsweise simplen Bereich wie das Gesundheitswesen übernehmen? Da gibt es in diesem Kanton ganz andere Herausforderungen. Wenn Toni Brunner jemanden zum Aufräumen will, soll er Esther Friedli schicken.»

«Herr Regierungsrat Damann, als ehemaliger Sportarzt ken-

nen Sie sich mit Zerrungen, Quetschungen und Bänderrissen bestens aus. Ich danke Ihnen namens der Regierung und des St. Galler Volkes für die spontane Bereitschaft, das Gesundheitsdepartement zu übernehmen. Ich bin mir sicher, dass sich Ihre Begeisterung rasch auf Land und Leute übertragen wird. Die Regierung steht und trifft sich in einer halben Stunde zum Apéro.

Sollte Herr Damann unpässlich sein, gilt er als entschuldigt.»



Silvan Lüchinger
ostschweiz@tagblatt.ch